

INFORMATIONEN- UND NACHRICHTEN BÜRO HA5040

Bureau d'information et de renseignement 5040 Schöffland/AG

Tis Hagmann, Schreib-, Hand- und Mundwerker

(erscheint in der Regel wöchentlich) Ausgabe 18. April 2024

tis.hagmann@bluemail.ch



Wochenbericht KW 16/2024

Weiterhin Geld zum Fenster hinauswerfen. Diesmal beim Staatssekretariat für Migration (SEM). Das SEM lanciert das Projekt **«Self-Check Einbürgerung»**. Interessierte können sich mithilfe der Anwendung rasch, unkompliziert und selbstständig(!) darüber informieren, ob sie die Voraussetzungen für die **erleichterte** Einbürgerung erfüllen. Die Pilotphase der Self-Check Einbürgerung dauert voraussichtlich ein Jahr. Bis anhin konnte Mann/Frau ein Merkblatt lesen und dann ev. handeln. Sofern man lesen kann – und «Töitsch» versteht. Wir wissen es jetzt schon, in einem Jahr sind alle des Lobes voll und es werden weitere Sprachübersetzungen angeboten. Für die, die nicht lesen können...

Wissen Sie, wann Ursula von der Leyen (vdL) das letzte Mal eine Wahl gewonnen hat?

Die Antwort lautet: 2003. Damals holte die grand old Patin und Chefin des EU-Syndikates das Direktmandat für den niedersächsischen Landtag und wurde auf Anhieb Ministerin im Kabinett unter Regierungschef Christian Wulff. Wohlverstanden mit einem Direktmandat. Was die Blatt-Ableserin dazu befähigte, ist unklar. Bei reiner Volkswahl wäre sie im Niederrhein versunken. Seither hat sich vdL drei Mal dem Volk zur Wahl gestellt und ist drei Mal kläglich durchgefallen. In den Bundestag zog sie 2009, 2013 und 2017 über die CDU-Landesliste ein, ihren Wahlkreis in Hannover hat sie immer zuverlässig gegen die jeweilige SPD-Kandidatin verloren. Niemand wollte sie. Seit ihre grosse Mentorin («Wir schaffen das Angela») von der Politikbühne verschwunden ist, gibt es keine mächtigere Frau auf dem Planeten als **Ursula die Ungewählte, bzw. ex-Knarren-Utschi**. Und niemand in diesen Gefilden hat mehr Verfahren am Hals als sie. 2019 wurde sie in Brüssel zur EU-Kommissionspräsidentin berufen, obwohl sie auf keinem einzigen Wahlplakat zu sehen war. Damit ist sie der höchste Apparatschik der EU. Im Juni sind dann die Europa-Wahlen... von Wiederwahl kann keine Rede sein, denn sie war ja nie für dieses Amt gewählt worden! Weil vor 14 Jahren das Volk CDU-Weber wollte, aber die EU-Ganoven nicht! Wenn dieses Jahr die Umkrempler wie Scholz, Macron usw. sich auf vdL einigen können, dann kann sie weiter in ihrem Amt wüten und als Kriegstreiberin von Soros und den Bilderbergern Europa in den Ruin treiben. Andernfalls nicht. So läuft da die «Demokratie».

NICHT MEINE REGIERUNG.

**Für die Bauern,
gegen die
Klima-Terroristen
und die grüne Pest!**

Das aktuelle Flugblatt des
Bund gegen Anpassung

Im Januar verbreiteten die „Austria Presse Agentur“ und ein Grossteil der Medien wieder die **Mär, die Corona-Impfungen hätten bis März 2023 in Europa über 1,4 Millionen Leben gerettet**, in Österreich seien es rund 25.000 gewesen. Die «Wissenschaftliche Initiative Gesundheit für Österreich» um **Prof. Andreas Sönnichsen** ist erstaunt, wie dieser wissenschaftliche Unsinn völlig ungeprüft weiterverbreitet wird. Schon eine einfache Plausibilitätsprüfung hätte das kritische Denken einschalten müssen. **Einfacher: Lügen werden zur Wahrheit und dann von den Staatsmedien verbreitet.**

Und immer noch weigert sich das Gesundheitsamt im Aargau, die Anzahl der vernichteten «Dosen» bekanntzugeben. Eine Sauerei.

Die Stasi ist wieder da! Sachsen-Anhalt ist im Zustand der Neu-DDR! Nachdem die AfD mit legalen, demokratischen Massnahmen nicht zu bekämpfen ist, werden die eingesetzten Mittel gegen die Partei und ihre Mitglieder immer totalitärer. Nun lässt das Landesverwaltungsamt im schwarz-rot-gelb **regierten Sachsen-Anhalt flächendeckend die Entwaffnung von AfD-Mitgliedern prüfen.** Auch die Jugendorganisation der Partei, ist davon betroffen.

Die **Dämonisierung der AfD** nimmt immer skurrilere Züge an. In Sachsen-Anhalt zieht die schwarz-rot-gelbe Landesregierung alle Register im Wahlkampf und hat nun ein flächendeckendes Vorgehen des Landesverwaltungsamt gegen AfD-Parteimitglieder mit Waffenschein bestätigt. Per Rundverfügung sind die Waffenbehörden im Land angewiesen worden, die waffenrechtliche **Zuverlässigkeit von Mitgliedern der AfD** sowie der AfD-Jugendorganisation Junge Alternative (JA) zu prüfen und «gegebenenfalls» weitere Massnahmen zu veranlassen, so eine Propaganda-Sprecherin im Systemstaatsender MDR. Als Begründung wird die politisch motivierte Einstufung der AfD und der Jugendorganisation JA als rechtsextreme Organisationen durch den instrumentalisierten Landesverfassungsschutz angegeben. **Eine Folge könnten demnach Entwaffnungen sein.** Also Präventiv-Massnahmen **lediglich auf Vermutung basierend.** Also vergleichbar, wie wenn jedem Autofahrer das Auto eingezogen würde, weil er damit straffällig werden könnte. Die Dimensionen der hirnverbrannten Stasi-Regierung: Sachsen-Anhalts AfD hat nach eigenen Angaben gut 2000 Mitglieder, unter ihnen sind auch einige Jäger und Sportschützen. Nach Einschätzung des Landesinnenministeriums obliegt es jetzt im Einzelfall **jedem AfD-Mitglied, die Regelvermutung widerlegen. Die Betroffenen müssen demnach der politisch vereinnahmten Behörde beweisen, dass sie verantwortungsvoll mit Schusswaffen umgehen.** Nichts anderes als ein Gesinnungstest bei der Stasi! Gelingt das nicht, wird ihnen die Waffenerlaubnis entzogen. In Sachsen-Anhalt hatte die Waffenbehörde der Polizeiinspektion Magdeburg bereits die Entwaffnung im Sommer 2022 durch fünf Widerrufsverfahren gegen Mitglieder der AfD und ihrer Jugendorganisation, der JA, eingeleitet. Das Verwaltungsgericht in Magdeburg hatte vor rund einem Jahr jedoch – noch! – beschlossen, eine Mitgliedschaft in der AfD reiche nicht aus, um die Waffenbesitzkarte zu entziehen. Der AfD-Landesverband Sachsen-Anhalt war allerdings erst einige Monate später vom **Handlanger der Altparteien, dem Verfassungsschutz**, als «gesichert rechtsextremistisch» eingestuft worden. Einfacher: wer Mitglied in der AfD ist und Jäger, Sammler oder Sportschütze ist, gilt grundsätzlich als Gewalttäter und der Waffenbesitzer muss darlegen, dass diese Anschuldigung nicht zutrifft. Wie das geschehen soll, ist weitgehend willkürlich und wird durch unfähige «Fachkräfte» in den Ämtern vollzogen, die noch nie geschossen haben. So war es schon einmal in deutschen Landen!

Während die, mit Steuergeld gemästete, von einem **ehemaligen Stasi-Spitzel geführte, linksradikale Amadeu-Antonio-Stiftung bejubelt,** dass endlich auch «konkrete Hebel geprüft werden» und neben dem Vereinsrecht, Dienstrecht usw. nun auch das Waffenrecht greifen könnte, erkennt man, welches dreckige, undemokratische Spiel die im Umfragetief befindlichen Altparteien betreiben. Erkannt wird aber auch: Zunehmend ist zu beobachten, dass sich die Bürger trotz des anhaltenden Dauerfeuers der Altparteien und des Medienkartells immer weniger in ihrem Wahlverhalten beirren lassen und sich trotz Gegenwind der AfD zuwenden. Es ist zu hoffen, dass «da hinten» die AfD die Wahlen gewinnen wird und diese Stasi-Schergen mit Schimpf und Schande aus den Ämtern feuert. Allfällige Renten sollen ihnen wegen Verstoß gegen Bürgerrechte und Willkür entzogen werden. Für diese Gesindel müssen die gleichen Regeln gelten, die sie gegen friedliche Bürger anwenden. Wehret den Anfängen!

Die Irrsinn-Reform in Sachen Führerschein ist in der EU vorerst gescheitert. Bei Annahme hätten wir in der CH den Schwachsinn mit etwas Verzögerung (aufgrund von Abkommen) auch übernommen. Wir berichteten. Die schikanösen Vorschläge wurde durch die grüne **Autohasserin Karima Delli** im EU Parlament eingebracht. Nach Bekanntwerden des Irrsinn's und einer Petition, die von 22 000 Bürgern unterzeichnet wurde, krebsten die Kopfnicker zurück. Die Gültigkeitsdauer von Führerscheinen für Pw und Motorräder soll nun mind. 15 Jahre betragen. Auf Gesundheitstest soll vorderhand(!) verzichtet werden. Dann wollte die grüne Eselreiterin den Führerschein **für Pw auf 1,8to begrenzen!** Wie weltfremd! Aber das Gegenteil ist angenommen worden: neu kann mit dem **Führerschein Kat. B ein Fahrzeug gelenkt werden mit einem Gesamtgewicht von 4,25to.** Warum es 4,25to sind, wissen die

Schwachmatiker wahrscheinlich selber nicht. Die von der geistig umnachteten Grünen beantragten Nachtfahrverbote und Tempolimits für Fahranfänger(!) und weitere Bevormundungen und Schikanen wurde restlos abgeschmettert. Die völlig weltfremden Grün-Diktatoren wollen uns das Recht auf Mobilität rauben! Wehrt Euch!

Die «Platte» kehrt zurück. Es geht im Eilzugstempo bergab in Deutschland. Die Masseneinwanderung hat zu einem Wohnungsmangel geführt, den es so noch nie in der Geschichte Deutschlands gegeben hat. Damit möglichst schnell (billige) Wohnungen aus dem Boden gestampft werden können, kommt jetzt die «Platte» (Elementbau) wieder zur Anwendung. Aber die links-grünen Hühner und Gockel, die das Debakel zu verantworten haben, wollen den Ausdruck «Platte» nicht hören. Dafür haben sie eine neue Bezeichnung erfunden: **«serielle und modulare Bauweise»**. Auf die Idee muss man kommen, um Missstände zu vertuschen.

Arroganz in Reinkultur. Da ist also ein **ehemaliger hoher Chefbeamter** im Kanton Aargau, der nach Abmahnung rausgeflogen ist. Für einen Rauswurf in dieser «Meereshöhe» braucht es mehr als ein gestrichenes Mass voll Ärger, Unfähigkeit und Arroganz. Dann ist er mit politischem Rückenwind und roter Morgensonne zum Chef-Bibliothekar der Eidg. Militärbibliothek «ernannt» worden. Als bald als «Quereinsteiger» zum **Verteidigungsattaché (VA)** in Dürümstan befördert worden. Ausland- oder Einsatzerfahrung? Fehlannonce. Da gibt es gestandene Berufsoffiziere, die mehrsprachig ausbilden, führen und verhandeln können, die man «zur Seite stellt» und als VA nicht will. Wirklich Fähige sind offenbar unerwünscht. Uneinsichtig strengt er noch ein Gerichtsverfahren an, weil er angeblich zu früh aus dem Amt gefeuert wurde. Selbstverständlich mit entsprechenden Forderungen, da ja ein VA «da unten» darben muss, aber trotzdem mit dem Flugzeug (auf Dienstkosten) zur Gerichtsverhandlung anreisen kann. Im Gerichtssaal marschierte ein ganzes Dutzend Zeugen(!) auf, die mehrheitlich beschrieben, welche treuen Mitarbeiter von Herr Dr. Oberst i Gst verheizt wurden. Und ein amtierender Regierungsrat als ex-Vorgesetzter musste sogar als «Angeklagter» auf der Holzbank Platz nehmen! Alles in allem ein Drama im Komödienstadel. Wir wissen jetzt schon, wie es ausgeht: die Klage wird abgelehnt; da aber der RR ein SVP'ler ist, wird er noch einen Abrieb erhalten, damit die FDP-az (Aargauerzeitung, alias **al zhasira**) noch etwas Gift spritzen kann. **Nebenbei:** vom Horchposten Ankara haben wir in Sachen Berichterstattung aus dem Kriegsgebiet noch nie etwas gehört. Wie auch, **Frau VA ist Mitglied der SP-Kriegstreiber-Clique**. Das liegt aber auch am VBS. Schliesslich hat man den VA-Posten in Kiew aufgehoben. Dann wenden wir uns wieder dem Tagewerk zu. «Schaffffen macht fröhlich».

CDU-Chef Friedrich Merz warnt vor einem Abstieg Deutschlands durch ein weiteres Erstarken der AfD. Die Partei sei bereits stärker geworden, als es viele anfangs geglaubt hätten. Die AfD sei aber keine Alternative für Deutschland, sondern bedeute den wirtschaftlichen und moralischen Abstieg. Wer hat denn bis anhin für den umfassenden Abstieg und Niedergang Deutschlands «gesorgt»? Die dümmste Regierung aller Zeiten! An der Spitze das Grossmaul Merz. Ist das ein arrogantes, bürgerfremdes und realitätsfernes Gehabe! Im September werden die Landtage in **Sachsen, Thüringen und Brandenburg** neu gewählt. Die AfD-Landesverbände in Sachsen und Thüringen werden von den Verfassungsschutzämtern als gesichert rechtsextremistisch eingestuft und beobachtet, die AfD in Brandenburg ist ein Verdachtsfall. Wie gehabt: ist der Bürger unbequem, gilt er als rechtsextrem. Die AfD stand bei jüngsten Umfragen in diesen Ländern jeweils an erster Stelle. Wir werden sehen. Es könnte ja sein, dass der oberste «Verfassungsschützer» bzw. Volksdrangsalierer aus seinem Amt verjagt wird.

Einige (uralte) Fakten – aus dem Jahr 2014 und später. Der damalige ukrainische Übergang-Premier **Arsenij Jazenjuk** ist ein Ex-Banker und Technokrat, der die westlichen Interessen der Ukraine vertreten soll. Seine persönliche **Arseniy Yatseniuk Stiftung Open Ukraine** wird von der Nato, dem britischen Finanz-Club Chatham House, dem US-Think-Tank National Endowment for Democracy und der schwedischen Swedbank finanziert. Jazenjuk macht kein Geheimnis daraus, die Financiers sind auf der Webseite aufgelistet. Die führenden Mitglieder kommen alle aus den Bereichen Industrie oder Banking. Da die Nato aus

Steuergeldern finanziert wird, gibt es einige Medien, die berichten, dass die europäischen Steuerzahler gezwungen werden, die private Stiftung des höchst umstrittenen Ukri's zu finanzieren, mit der er seine privaten Interessen sowie die Interessen seiner Freunde verfolgen würde. Zudem wirft man ihm vor, selbst Geld aus diesen Mitteln zu beziehen. Da die Webseite der Stiftung nur auf Englisch verfügbar ist, wird ihm zudem vorgeworfen, die Bürger der Ukraine, von deren Steuergeldern er lebt, im Dunkeln zu lassen über seine Auslands-Beziehungen und die Vermischung von privaten und öffentlichen Interessen.



Auf welchem Mist ist denn das gewachsen, im Bundeshaus? Das entspricht nicht der Usanz der Flaggenordnung. Aber der EU-Turbo der SP «schmückt» damit den Eingang zu seinem «Amtssitz». Vorwärts in den Abarund!

Die organisierte, weltweite Zensur steht vor der Einführung. Im Februar 2023 fand in Paris die UNESCO-Konferenz «Internet for Trust» statt. Tönt gut... und jetzt etwas schöngeistige, rosa **Amtsprosa**: «Die Konferenz ist ein wichtiger Meilenstein bei der **Erarbeitung globaler Leitlinien zur Regulierung von Online-Plattformen**. Die Schweiz ist in diesem Prozess stark involviert und setzt sich für den Schutz der Menschenrechte sowie einen **offenen und inklusiven** Prozess unter Einbezug von Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Privatwirtschaft ein.» **Was das konkret heisst und vor allem, wie im Oblast Zensurdistan zu Bern die Zensur ausgeübt wird, steht einzig auf der Willkürbrille von willfähigen Beamten.**

Sie können «beruhigt sein». Der Bundesrat hat bereits **10 Tage(!)** nach der Konferenz das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK beauftragt, eine Vernehmlassungsvorlage **zur Regulierung der Kommunikationsplattformen** auszuarbeiten.

Seit Corona-Zeiten legt der Staat fest, was «Desinformation» und «Hassrede» ist und kann jeden, der sich kritisch (sprich unbequem) äussert, in den Ruin treiben. Wie gehabt zu Seuchenzeiten.

Nachdem Bill Gates Milliarden gentechnisch veränderter Moskitos freigesetzt hat, breitet sich das Dengue-Virus in Brasilien aus. Die Bekämpfung der Mücke **Aedes aegypti** wird verstärkt. Diese Mücke, die in den Tropen vorkommt, überträgt unter anderem das Dengue-Virus, das in Europa als Dengue-Fieber bekannt ist. Das Virus hat das Land fest im Griff. Nach Angaben des Gesundheitsministeriums haben sich in den ersten fünf Wochen dieses Jahres 365.000 Menschen infiziert. Das sind viermal so viele Dengue-Fälle wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres. In mehreren Bundesstaaten wurde der Gesundheitsnotstand ausgerufen. „Es gibt überall Mücken“. Das war zu erwarten: „Experten“ bringen den Ausbruch mit dem Klimawandel in Verbindung!

Zuvor hatte das **Biotech-Unternehmen Oxitec**, das Milliarden von der Gates-Stiftung erhalten hatte, gentechnisch veränderte Moskitos in Brasilien freigesetzt. Im Jahr 2019 geriet das Unternehmen in die Kritik, nachdem Untersuchungen gezeigt hatten, dass das Projekt gescheitert war und die Mücken weiterhin das Dengue-Virus verbreiteten. Selbstverständlich mischt auch wieder die **WHO** (auf Befehl von Bill Gates?) mit. Das könnte bedeuten, dass ganz Süd- und Mittelamerika von den neu produzierten Gelbfiebermücken (*Aedes aegypti*) beglückt wird. Wegen der Ausbreitung hat Peru den Gesundheitsnotstand ausgerufen. Hauptsache Bill Gates kann seinem Wahn frönen, die Weltbevölkerung zu vernichten und die nächste Seuche auszurufen. «Gibt Zaster». Siehe auch: <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/149602/Peru-erklaert-Gesundheitsnotstand-wegen-Ausbreitung-von-Dengue-Fieber>

Der nächste Terrorfeldzug gegen die Welt wird schon vorbereitet. Keine Verschwörung, aber Fakten! Das WEF in Davos diskutierte dieses Jahr unter anderem über die «**Krankheit X**». WHO-Chef Tedros sagte, die Frage sei nicht ob, sondern wann die nächste Pandemie ausbreche. Einfacher: es wird die nächste Pandemie herbeigeschnorrt. Der Arzt Dr. David

Martin warnte, dass die nächste Terrorkampagne gegen die Menschheit bereits im Gange sei. Und unser Bundesrat unterstützt weiterhin dieses Verbrechersyndikat!

Das Treffen in Davos diene der Vorbereitung einer nächsten Pandemie-Simulation, um die internationalen Gesundheitsrichtlinien anzupassen. Dann könnten sie jederzeit den Notstand ausrufen und hätten im Grunde einen Freibrief, sagte Martin. Sie planen eine Reihe von Veranstaltungen, nach denen sie eine neue Terrorkampagne starten werden, sagte Martin. Wieder werde eine medizinische Gegenmassnahme nötig sein, aber dieses Mal würden sie noch einen Schritt weiter gehen:

«Was sie jetzt tun, ist, die Abfolge von Ereignissen zu planen, mit denen sie eine weitere Terrorkampagne auslösen können, die dann nicht nur die Notwendigkeit einer weiteren medizinischen Gegenmaßnahme auslöst, sondern dieses Mal auch den anderen Teil einbezieht, den sie mit der COVID-Kampagne nicht erreicht haben, nämlich die Ausrottung des Bargeldverkehrs...».

«Sie haben sich den Weg zu Covid blockiert und leider (für sie) nicht die volle Kontrolle erreicht, die sie wollten, und das ist genau das, was in Davos auf der Tagesordnung stand».

Während der Corona-Kampagne ist es nicht gelungen, die Barzahlungen abzuschaffen, und das wolle man nun erreichen, so Martin. Sie möchten eine zentrale Kontrolle über die Geldflüsse. Auf X sagte er auch, dass seine Organisation alle 64 Krankheitserreger überwacht, die sie jederzeit gegen die Menschheit einsetzen könnten. Siehe auch: [Uncut-news,23.1.2024](#)

Der BR hat das sog. Verhandlungsmandat mit der EU verabschiedet. In den Systemmedien wird schmackhaft gemacht, dass damit «Verhandelt» werden soll. Nichts ist wahr! Im Vorfeld wurde mit der EU-Kommission ein sog. **«Common understanding»** vereinbart; mit unannehmbaren Eckwerten oder Rahmenbedingungen. Damit gibt der BR bereits zahlreiche Trümpfe aus der Hand und will die Schweiz der korrupten, desolaten und abgewirtschafteten EU unterwerfen. Haben denn die sieben Schläfer noch nicht entdeckt, was in der ganzen EU abgeht? Und mit diesem konkursiten Laden wollen sie den «Marktzugang» erreichen? Also zahlen, damit wir weiterhin exportieren können? Das ist nichts anderes als **Wegelagerei, Diebstahl und Schutzgeldzahlung**. Aber mit einer Patin an der Spitze kann nichts anderes heraus schauen. **Steht auf!** Und hier einige Trümpfe, die die «Verhandler» hätten:

- Schluss mit der Freizügigkeit für Grenzgänger und Einführung der Besteuerung in der Schweiz. Schliesslich halten sich einige Bundesländer in Deutschland auch nicht an das DBA (Doppelbesteuerungsabkommen)
- Begrenzung der LKW-Einfuhr in die Schweiz
- Keine Zahlungen mehr in Kulturfonds, Entwicklungsfonds usw. der EU
- Keine Zahlungen mehr wie die «Kohäsionsmilliarde»

Was sollen denn (Beispiel) Zahlungen in den Osten für die **«Weinbau-Entwicklung»**? Damit wir in einigen Jahren noch mehr mit «Schatoo migrän» überflutet werden!

BlackRock & Co. ziehen sich aus Klima-Bündnis zurück. Das wird wohl seine Gründe haben... Die «Climate Action 100+» der UN fordert ihre Mitglieder auf, Unternehmen bei der «Verbesserung der Klimawandel-Governance» zu unterstützen. Der Ausstieg einiger der grössten Finanzdienstleister wird von Kritikern begrüsst. **State Street Global Advisors** sowie die Grossbank **JPMorgan Chase** haben angekündigt, sich aus dem Klima-Bündnis der Vereinten Nationen, bekannt als «Climate Action 100+», zurückzuziehen. Als Begründung werden rechtliche Bedenken(!) vorgeschoben. Vanguard, der zweitgrösste Vermögensverwalter der Welt, hatte sich nie der Climate Action 100+ angeschlossen. Er ist aber Ende 2022 aus einer anderen bekannten Klimagruppierung, der «Net Zero Asset Managers (NZAM) Initiative», ausgestiegen. Offenbar haben die Vermögensverwalter eingesehen, dass alles nutz- sinn- und hirnlos ist. Daneben noch eine gewaltige Vermögens- und Wohlstandsvernichtung.

Die KI schlägt zu. Die **Vorzeigebanken** sind nicht zu bremsen: 175 Millionen **Doppel-Lohn im Februar** an 30'000 Stadtzürcher Angestellte ausgeschüttet. Und dann hat die **UBS die Nestlé-Dividende** sage und schreibe 2 Monate zu früh ausgeschüttet. Offenbar ist die Knete vorhanden... und keiner hat's bei der Qualitätskontrolle bemerkt.

Wieder eine Bürgerdrangsalierung. Seit dem 2. April (rechtzeitig zur Töffsaison!) haben die linken Autohasser eine Temporeduktion auf 60 km/h auf der Albispasstrasse durchgesetzt. Die Libertäre Partei fordert Regierung und Kantonspolizei auf, diese umgehend rückgängig zu machen. Das **Team Freiheit** unterstützt diese Forderungen mithilfe einer **Petition**. Statt mit fadenscheinigen Argumenten alle Verkehrsteilnehmer zu bestrafen, soll die Polizei die geltenden Regeln konsequent umsetzen. Schauen Sie regelmässig <https://team-freiheit.ch/> und unterstützen Sie sie kräftig.

Seit Dezember verheimlichten die Macronisten eine Studie in Sachen Wählerverhalten für die Präsidentenwahlen. Die Frage nach dem Warum? Ist schnell geklärt. Die Machtübernahme steht im Raum bzw. im Chaosland Frankreich. O-Ton von Marine L Pen:
«...en cas de dissolution de l'Assemblée nationale, et de législatives anticipées, nous obtiendrions entre 243 et 305 sièges de députés, soit la majorité relative, voire absolue (fixée à 289 sièges)».

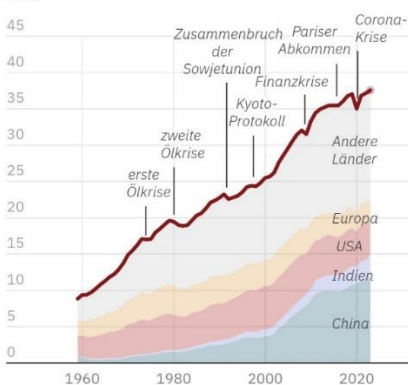
Gilbert et Gilberte haben genug von der fortlaufenden Verarmung und dauernden Einschränkung! L'ordre dans le désordre! Man beachte die Programmpunkte für den Wahlkampf und als künftige Regierung:

«Imaginez tout ce que nous pourrions faire à la tête de l'État! La France, gouvernée par le Rassemblement National, ferait respecter ses frontières nationales, expulserait les délinquants et criminels étrangers, réserverait les aides sociales aux nationaux et régulerait drastiquement l'immigration. La France, gouvernée par le Rassemblement National, rétablirait la paix fiscale en diminuant les taxes sur les énergies - carburants, fioul, gaz, électricité - et rendrait aux Français leurs fruits de leur travail, en permettant aux entreprises d'augmenter les salaires de 10% sans charges supplémentaires. La France, gouvernée par le Rassemblement National, ferait enfin entendre sa voix en Europe pour défendre, chaque fois qu'il est nécessaire, ses intérêts».

Klimakrise Weltweiter CO2 -

Ausstoß

Jährliche fossile CO2-Emissionen in Milliarden Tonnen seit 1959



Lesen Sie zwischen den Zeilen:

Patin VdL will den «Wettbewerbsvorteil» der europ. Software-Industrie nutzen, um die KI mit den richtigen Daten zu füttern! Geht es nach ihr, soll die KI vor allem den **Total-Umbau der Eliten im Namen der «Nachhaltigkeit»** befördern. Einfacher: Sie sagt, was die «richtigen Daten» sind! Eine absolute Ungeheuerlichkeit! Das ist nichts anderes als die weltweite Zensur und Bevormundung. Und niemand will's wahrhaben.

<https://derstatus.at/great-reset/wef-kritiker-bedrohen-great-reset-eu-chefin-will-globale-zensur-1975.html>

Die Stasi-Presse. Neben öffentlich-rechtlichen und kommerziellen Medien haben sich in Deutschland mittlerweile freie Kanäle und Sender etabliert. Viele oppositionelle Journalisten fühlen sich unter Druck gesetzt. So hatte EU-ex-Flinten Uschi VdL kürzlich den sog. **«Kampf gegen Desinformation»** zur Hauptaufgabe des Jahres 2024 ausgerufen. Das ist nichts anderes als die **Systematisierung der europaweiten Zensur**. Eine andere Entwicklung erfolgte weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit. In mehreren deutschen Bundesländern existieren mittlerweile **Regelungen**, mit denen den etablierten, aber auch alternativen Journalisten **ihre Berichterstattung teilweise vorgeschrieben werden soll**. Von den Redaktionen kriechend befolgt und durchgesetzt. Einfacher: wie zu Zeiten der DDR durch die gehorsamen Mitarbeiter der Stasi. «Les misérables» sind wieder da!

Völlig unbeirrt und abgehoben, aber beeinflusst. Das ist der Text des Bundesrates: **«Die Jahrestreffen des WEF sind eine wertvolle Plattform für die Schweiz. Der Bundesrat will daher die vom Kanton Graubünden getroffenen Sicherheitsmassnahmen weiterhin unterstützen. Aus diesem Grund hat er den Einsatz von maximal 5000 Armeeangehörigen im Assistenzdienst und eine Beteiligung an den Sicherheitskosten durch den Bund in der Höhe von maximal 2,55 Millionen Schweizer Franken pro Jahr beschlossen».** **Weiterhin eine private Veranstaltung unterstützen, die nichts anderes ist, als die «Geschäftsleitung» der NWO.**

Wir veröffentlichen den nachfolgenden offenen Brief von Herrn **Felix Meier im Original-Text**. Vielen Lesern ist er auch bekannt als **Nachrichten Oberst aD**. Verhalten, Führung und Mentalität der «Elite» sind treffender und schlagender nicht zu beschreiben! Wir danken für die Textfreigabe.

Offener Brief

Sehr geehrter Herr Ermotti

Als ich vor 50 Jahren in die Dienste der Schweiz. Bankgesellschaft eintrat, war die Banken-Welt noch in Ordnung. An der Bahnhofstrasse 45 wehte vom 4. Stock der Geist und die Aura des **Dr. Robert Holzach, des letzten echten und vorbildlichen Banquiers der Schweiz**. Nie hätte er Werner K. Rey auch nur einen Franken gegeben. Im Ausbildungszentrum Wolfsberg führte Ernst Mühlemann das Zepter straff und klar. Das **SBG-Führungsbrevier** war die Bibel, noch heute stets zur Hand und ein führender Wegweiser durchs Berufsleben.

Ein fünfjähriger Abstecher zur Schweiz. Volksbank offenbarte mir, wie wichtig Führung und Fach-Kompetenz in der Bankenwelt sind. Beides fehlte auf SVB-Leitungsebene in höchstem Masse. Konsequenter- und glücklicherweise übernahm die SKA/Credit Suisse die Nummer Drei der Schweizer Banken.

Die **Übernahme der Credit Suisse** durch die UBS ist ein Husarenstück von Politik und Wirtschaft und **reflektiert Inkompetenz und Führungsunfähigkeit der Verantwortlichen**. Während damals Marcel Ospelt den Niedergang der Swissair zu verantworten hatte - Lukas Mühlemann hätte den Überlebenskredit noch genehmigt, aber Moritz Suter führte Marcel Ospelt -, führten die nachmaligen CEOs der Credit Suisse diese einzigartige Bank inkompetent und führungslos in den Ruin. Meine Hochachtung gilt **Oswald Grübel. Er war und ist wohl der letzte Banquier, welcher noch Kompetenz und Führung vorlebte**. Doch weder die Finma noch die Politik noch die Wirtschafts-Elite (wie Economiesuisse) machten sich die Mühe einer **Lagebeurteilung zur Credit Suisse, wie sie jeder Schweizer Offizier gelernt hat**. Der Führung unfähig und ohne Kompetenz haben eine pseudo-magistrale Dolmetscherin und ein Lungenarzt und deren Entourage jegliche Glaubwürdigkeit verspielt. Glaubwürdigkeit widerspiegelt das NZZ-Interview mit Josef Ackermann. Und Rolf Dörig ist noch der einzige Schweizer Unternehmensführer, welcher erfolgreich und kompetent führt.

In den Vorbemerkungen zum SBG-Führungsbrevier 1981 heisst es: **«Die erfolgreiche Entwicklung unserer Bank wird weitgehend von äusseren Umständen und zielgerichtetem Einsatz aller Mitarbeiter bestimmt das führungsmässige Verhalten ist von geschäftsentscheidender Bedeutung»**.

Heute zahle ich als UBS-Kunde für eine **telefonische Auskunft 10 Franken** und nicht nachvollziehbare Konto- und Depot-Gebühren. **Ist da eine Bankbeziehung mit der UBS noch lohnenswert? Nein.**

Mit freundlichen Grüssen

Felix Meier
(ex SBG, SVB, SKA/Credit Suisse)